

Die Rolle Deutschlands in der „Griechenland-Krise“

Argumente der Befürworter und Gegner eines zweiten Hilfspaketes

Lena Maria Zimmer



Lena Maria Zimmer

1. Einleitung

Wo endet europäische Solidarität und wo beginnt nationalstaatliche Eigenverantwortung? Kann mithilfe eines zweiten Hilfspaketes der Euro-Staaten die drohende Insolvenz Griechenlands abgewendet werden? Welche Folgen hätte eine griechische Staatspleite für die Europäische (Währungs-)Union im Allgemeinen und für die Bundesrepublik Deutschland im Besonderen? Diese und viele weitere Fragen stehen im Mittelpunkt der Debatte um die so genannte „Griechenland-Krise“. In den Medien diskutieren Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft potenzielle Wege aus der Krise, die von einem Austritt Griechenlands aus der Währungsunion bis zu der Möglichkeit einer geordneten Insolvenz reichen. Uneinigkeit herrscht jedoch bezüglich der – mit den jeweiligen Modellen verbundenen – rechtlichen Rahmenbedingungen sowie ökonomischen Folgen für Griechenland, die Europäische Gemeinschaft und die Bundesrepublik Deutschland. Obgleich sich die derzeitige Debatte auf Griechenland konzentriert, geht hiervon auch eine allgemeine Signalwirkung aus. So kann die Griechenland-Krise als Präzedenzfall betrachtet werden, aus dem sich ein allgemeiner Kurs der Währungsunion gegenüber in Finanznot geratenen Mitgliedsstaaten entwickelt.

Im Folgenden wird die deutsche Diskussion rund um ein zweites Griechenland-Hilfspaket nachgezeichnet. Dabei werden insbesondere die Argumente prominenter Befürworter und Gegner dargestellt.

2. Stimmen aus der Politik

Die Entscheidung für oder gegen ein zweites Hilfspaket an Griechenland spaltet die politischen Lager nicht allein entlang der Fraktionsgrenzen. Auch innerhalb der Parteien hat sich eine verhärtete Front zwischen Befürwortern und Gegnern gebildet. Insbesondere in den Regierungsparteien CDU/CSU und FDP herrscht große Uneinigkeit, ob man Athen ein weiteres Hilfspaket gewähren soll.

Ein prominenter Gegner der ersten Stunde ist CSU-Politiker Peter Gauweiler. Er gehörte bereits zu den Unterzeichnern der Verfassungsbeschwerde gegen

das erste Griechenland-Hilfspaket. In einem Interview mit der Passauer Neuen Presse erläutert Gauweiler, inwiefern die Hilfen seiner Meinung nach gegen das deutsche Grundgesetz verstoßen. Zentrale Punkte sind für ihn die damit einhergehende bewusste Beschleunigung der Inflation in Deutschland und somit die Verletzung der Regierungsverpflichtung, die Kaufkraft des Geldes zu gewährleisten sowie eine Verletzung des Wahlrechts.

PNP: Warum verstoßen die Hilfen gegen das Grundgesetz?

Gauweiler: Weder die Milliarden-Kredite für Griechenland noch der Rettungsschirm für alle übrigen Defizitstaaten sind mit unserer Verfassung zu vereinbaren. Die Bundesregierung ist nach dem Grundgesetz zur Gewährleistung der Kaufkraft des Geldes verpflichtet. Der Rettungsschirm bewirkt das Gegenteil. Er beschleunigt die Inflation. Die Unterstützung bedeutet aber auch eine Aushöhlung des Wahlrechts. Der Bundestag hat mit der Entscheidung, Milliardenbeträge für Defizitsünder in Europa via ‚Rettungsschirm‘ bereitzustellen und sich in noch größerer Höhe für fremde Staatsschulden zu verbürgen, seine Haushaltsautonomie aufgegeben und gegen die Verantwortung des Haushaltsgesetzgebers verstoßen. Das ist nicht hinnehmbar.“

Bereits in diesem Interview sympathisiert Gauweiler mit der Möglichkeit, dass Griechenland den Weg einer geordneten Insolvenz einschlägt.

PNP: Sie plädieren für eine Pleite Griechenlands?

Gauweiler: Es ist insofern wie bei einer Privatinsolvenz. Jedes Mal stellt sich die Frage, ob es besser wäre, den Konkurs zu verschleppen, als den klaren Schnitt zu wagen und damit einen Neuanfang zu ermöglichen. Staatspleiten hat es immer wieder gegeben. Argentinien, Russland oder die Türkei konnten wieder gesunden, weil sie mit Hilfe des IWF einen klaren Schnitt gezogen und sich zu einer Umschuldung durchgerungen haben.“

Passauer Neue Presse, 06.07.2011, online abrufbar unter <http://tinyurl.com/bw52o5h>

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch gehört ebenfalls zu den offenen Gegnern der Griechenland-Hilfen. Seiner Meinung nach wird hierdurch nicht nur gegen das deutsche Grundgesetz, sondern auch gegen den Maastrichter Vertrag verstoßen. Genauer: Er sieht hierin eine Verletzung der sogenannte No-Bailout- oder Nichtbeistands-Klausel des Maastrichter Vertrages.

„Die „No-Bailout“-Klausel in Art. 125 AEUV stellt sicher, dass ein Euro-Teilnehmerland nicht für Verbindlichkeiten und Schulden anderer Teilnehmerländer haften oder aufkommen muss. Diese Klausel soll gewährleisten, dass für die Rückzahlung öffentlicher Schulden die Staaten selbst verantwortlich bleiben. Die Übertragung von Risikoprämien infolge einer nicht tragbaren Haushaltspolitik einzelner Staaten auf die Partnerländer soll damit vermieden werden. Mit dieser Bestimmung soll auch eine vernünftige Haushaltspolitik auf einzelstaatlicher Ebene gefördert werden.“

<http://tinyurl.com/6q6hd6m>

In einem Interview mit handelsblatt.com wird die Spaltung des bürgerlichen Lagers durch die Griechenland-Krise besonders deutlich. Während Willsch gegen weitere Hilfen plädiert, vertritt sein Fraktionskollege Peter Altmaier die Gegenposition. Als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion gehört es zu Altmaiers Aufgaben, Opponenten in den eigenen Reihen umzustimmen. Altmaier betont, dass der Euro insbesondere für die deutsche Wirtschaft Prosperität sowie ein hohes Maß an Stabilität gebracht habe. Um diese Wirkung zu erhalten, liege es im deutschen Interesse, den Euro weiter zu stärken und diese „Stabilitätskultur“ in

allen 17 Euro-Staaten herzustellen. Hingegen weist Willsch auf den Bruch der No-Bailout-Klausel sowie die von der griechischen Regierung nicht eingehaltenen Sparvorgaben durch die Troika, hin.

Altmair: Das ökonomische Argument ist in der Tat das entscheidende. Wir haben im Nachkriegseuropa große Wohlstandsgewinne erzielt, indem wir freie und offene Märkte und eine gemeinsame Währung geschaffen haben. Die Inflation ist niedriger als in den letzten zehn Jahren der D-Mark. Dass einige Staaten ihre juristisch klaren Verpflichtungen nicht ernst genommen und eine Politik der leichten Schulden verfolgt haben, muss geändert werden. Das hat aber nichts zu tun mit der Frage, ob ein Land zum Euro gehört oder nicht. Wir müssen erreichen, dass sich unsere erfolgreiche Stabilitätskultur in der gesamten Euro-Zone durchsetzt. Das halte ich auch für machbar.

Willsch: Na, ich habe da meine Skepsis. Unbestreitbar, der Euro ist stark und hat niedrige Inflationsraten gebracht. Aber das Versprechen, es gebe keine Einstandsverpflichtung für die Schulden anderer Staaten, das ist gebrochen worden.

Altmair: Die Griechen haben Unglaubliches geleistet bisher. Und wir haben überhaupt kein Versprechen gebrochen, schon gar nicht das Verbot einer Einstandspflicht, sondern wir haben aus freien Stücken im deutschen Parlament entschieden, dass wir uns an der Solidarität mit Griechenland und anderen Staaten in Schwierigkeiten beteiligen – allerdings gegen klare und sehr harte Bedingungen.

Willsch: Die Rettungsversuche sind doch so gelaufen: Griechenland hat etwas versprochen, das wurde nicht gehalten; es wird mehr Geld gegeben, dann wird mehr versprochen, es wird wieder nicht gehalten. Schließlich müssen wir als Euro-Gruppe dauerhaft das Defizit Griechenlands ausgleichen.“

Willsch bringt noch ein weiteres vieldiskutiertes Argument der Gegner eines zweiten Hilfspakets an. So seien die griechischen Defizite derart gravierend, dass durch die Unterstützungsleistungen nur Zeit erkaufte würde, ohne dass sich die Lage Griechenlands jedoch noch nachhaltig verbessern könne. Bereits das erste Hilfspaket habe lediglich private Gläubiger, die jahrelang an den Zinszahlungen Griechenlands verdient hätten, auf Kosten der Euro-Staaten entlastet.

„Willsch: [...] Griechenland hat 230 Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt, inzwischen 360, vielleicht 370 Milliarden Gesamtschuldenstand, Steuereinnahmen von 45 Milliarden und einen Zinsdienst von 25 Milliarden Euro. Das ist mathematisch unlösbar. Ich kenne niemanden außerhalb der Politik, der das anders sieht. [...] In der gekauften Zeit ist Folgendes passiert: Die privaten Gläubiger haben sich aus dem Staub gemacht, und die Papiere liegen jetzt bei der EZB, alleine geschätzte 50 Milliarden Euro Griechenbonds. Insgesamt dürfte sie inzwischen 135 Milliarden haben. Weil die EZB so viele schlechte Papiere in ihre Bilanz genommen hat, mussten wir Ende letzten Jahres das Eigenkapital erhöhen, da waren wir mit einer knappen Milliarde dabei. Und das ist natürlich nicht das Ende.“

handelsblatt.com, 26.09.2011 <http://tinyurl.com/cajvot3>

Willschs Parteikollege Wolfgang Bosbach, ebenfalls erklärter Gegner eines weiteren Hilfspakets, betont die Eigenverantwortung, die die einzelnen Mitgliedsstaaten in Bezug auf ihren jeweiligen Staatshaushalt haben.

„Es ging um die Einführung einer Währungsunion und nicht um eine Transferunion und schon gar nicht um eine Schuldenunion.“

Die Staaten sind demnach selbst für ihre Schulden verantwortlich. Ein zweites Hilfspaket trage nicht dazu bei, dass weiteren verschuldeten Ländern der Währungsunion ihre Eigenverantwortung deutlich würde. Damit spricht er die von

vielen gefürchtete Möglichkeit an, dass sich, im Sinne eines Trittbrettfahrertums weitere Staaten ihre nationalen Haushalte durch die Euro-Staaten ausgleichen lassen könnten.

„Die Antwort auf die hohen Schulden Griechenlands könne nicht lauten, ‚dass die Staatengemeinschaft auf Dauer haften oder zahlen muss‘. Es müsse die Eigenverantwortung der Länder gestärkt werden.“

tagesschau.de, 14.09.2011 <http://tinyurl.com/6hnzcyu>

Geschlossen gegen weitere Hilfspakete an Griechenland tritt allein die Partei DIE LINKE auf. Die Bundestagsfraktion stimmt am 29. September demgemäß auch einstimmig gegen eine Aufstockung des Euro-Rettungsschirms EFSF. In seiner persönlichen Erklärung moniert der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi demokratische Defizite in den Entscheidungen um die Hilfeleistungen. Damit spricht Gysi den Sonderausschuss an, der in dringenden Fällen – am Parlament vorbei – Entscheidungen zum Rettungsschirm treffen soll.

tagesschau.de, 29.09.2011 <http://tinyurl.com/6jshasr>

Hauptargument der Befürworter einer Unterstützung Griechenlands ist die Sorge um die Stabilität des Euros. Als konsequente Fürsprecherin der Griechenland-Hilfen tritt Bundeskanzlerin Angela Merkel auf. Merkel betont, dass die Rettung Griechenlands im deutschen Interesse liege. Durch die starke Vernetzung Deutschlands in Europa, sei ein starker Euro unverzichtbar.

„Wir helfen, damit unsere Währung, unsere gemeinsame Währung stabil ist.“

cdu.de, 26.09.2011 <http://tinyurl.com/bt7qgjk>

Auch in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 07.09.2011 – unmittelbar nachdem das Bundesverfassungsgericht die Beschwerde gegen das erste Griechenland-Hilfspaket abgewiesen hat – betont Merkel die wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands von Europa.

„Aber wir können sagen, Deutschland geht es gut. Aber wir wissen, Deutschland kann auf Dauer nicht erfolgreich sein, wenn es Europa nicht auch gut geht. Wir, die Bundesrepublik Deutschland, sind zentraler Bestandteil der Europäischen Union. Deutschlands Zukunft ist untrennbar mit der Zukunft Europas verbunden.“

Dabei spricht Merkel jedoch auch die Voraussetzungen für weitere Hilfen an, welche von manchen Kritikern als Spardiktat bzw. als Eingriff in die nationalstaatliche Souveränität Griechenlands gedeutet werden.

„Und ich sage auch, Griechenland muss Strukturreformen machen, Griechenland muss transparente Strukturen in seinem Land schaffen und Griechenland muss, was immer da auch kommt, auch investieren. [...] Und deshalb war es richtig, dass wir durchgesetzt haben, dass es Hilfen nur gegen strenge Auflagen gibt.“

youtube.com, 07.09.2011 <http://tinyurl.com/d7v9j3e>

Ein weiteres Argument der Befürworter geht über die finanziellen Verstrickungen Europas hinaus. So bezeichnet der SPD Fraktionsvorsitzende Frank-Walter Steinmeier die Rettungsmaßnahmen als notwendigen Schritt zum Erhalt der Europäischen Union, welche nicht allein Wohlstand, sondern auch Frieden garantiere.

„Es ist dieses Europa, das 60 Jahre Frieden und ein Maß an Wohlstand für Deutschland erbracht hat, das noch vor Jahrzehnten unvorstellbar schien. Auch die deutsche Einheit wäre

ohne Europa nicht möglich gewesen. Das ist die Geschichte. Aber wir müssen auch begründen, warum Europa unsere Zukunft ist. Ich sage: Europa ist unsere Hoffnung auf weitere Jahrzehnte Frieden und Wohlstand. Nur gemeinsam sind wir stark genug, im weltweiten Wettbewerb standzuhalten, unsere Freiheit zu verteidigen und Frieden zu bewahren.“

rp-online.de, 01.10.2011 <http://tinyurl.com/cjj7nqm>

Neben der SPD tritt auch die Bundestagsfraktion der GRÜNEN geschlossen für ein zweites Hilfspaket auf. Die GRÜNEN begründen dies mit der Sorge, dass bei einem griechischen Zahlungsausfall über die ausstehenden Forderungen deutscher Finanzinstitute an Athen auch deutsche Sparer unkontrolliert betroffen sein könnten sowie einem drohenden Vertrauensverlust in die Politik. Darüber hinaus unterstreichen sie die Notwendigkeit einer europäischen Solidarität.

„Wir sind eine pro europäische Partei und sehen die Hilfen für Griechenland als Zeichen europäischer Solidarität und ökonomischer Vernunft. Wer die Hilfen ablehnt, muss auch die Folgen eines unkontrollierten Zahlungsausfalls für die Menschen in Griechenland verantworten. Aus deutscher Sicht sprechen handfeste Gründe für eine Rettung Griechenlands. Schulden in Griechenland bedeuten im Umkehrschluss auch Guthaben an anderer Stelle, zum Beispiel bei Banken oder in den Fonds von Lebensversicherern und Riester-Verträgen. Ein Ausfall Griechenlands würde also auch deutsche Sparer treffen. Wahrscheinlich ist auch, dass ein unkontrollierter Ausfall Griechenlands das Vertrauen in andere Staaten drastisch verringern würde, ähnlich wie im Jahr 2008. Damals erlosch nach der Insolvenz einer Bank – der amerikanischen Lehman Brothers – das Vertrauen in die gesamte Bankenbranche. Solche Effekte hätten gravierende Folgen für die Weltwirtschaft, von denen Deutschland als exportorientierte Nation besonders betroffen wäre.“

gruene-bundestag.de, 20.09.2011 <http://tinyurl.com/cefzwl>

Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt spricht sich ebenfalls für eine weitere Hilfeleistung Richtung Griechenland aus. Auch er ist der Meinung, dass sich die nationalstaatlichen Interessen nicht mehr von den Interessen der Staatenunion trennen lassen. Primär betont Schmidt jedoch den Gedanken der Solidarität und zieht in einem Interview mit ZEIT online eine Analogie zur Lage in Nachkriegs-Deutschland

„Wissen Sie, ich will das einmal mit der deutschen Situation nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vergleichen. Natürlich hätten die Amerikaner oder Franzosen damals sagen können: Die Deutschen haben selber Schuld, lass sie doch verkommen in ihrem Elend! Das haben sie aber nicht getan. Stattdessen haben die Amerikaner den Marshall-Plan erfunden, die Franzosen haben uns 1950 mit ihrem Schuman-Plan die Hand entgegengestreckt. Im Verhältnis zur damaligen Lage Deutschlands und zur Hilfsbereitschaft dieser Länder, die wenige Jahre zuvor noch unsere Kriegsfeinde gewesen waren, ist das gegenwärtige griechische Problem ein minores – und der Teufel soll die europäischen Regierungschefs holen, wenn sie es nicht fertigbrächten, Griechenland zu retten!“

Auf die finanzielle Belastung Deutschlands und eine mit dem Hilfspaket möglicherweise einhergehende höhere Staatsverschuldung angesprochen, weist Schmidt darauf hin, dass es sich zunächst einmal lediglich um Bürgschaften handeln würde.

„Die ganze Aufregung bezieht sich auf die Zukunft. Bisher ist noch nichts gezahlt worden. Ja, es geht um Bürgschaften. Und die werden, wie alles Geld, im Laufe der Zeit etwas an Wert verlieren.“

zeit.de, 07.10.2011 <http://tinyurl.com/bwtdjdb>

3. Stimmen aus Ökonomie und Wissenschaft

Neben dem CSU-Politiker Gauweiler wurde die Verfassungsbeschwerde gegen das erste Griechenland-Hilfspaket auch von den Ökonomen Wilhelm Nölling, Wilhelm Hankel und Joachim Starbatty sowie dem Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider unterzeichnet. Die vier Wissenschaftler hatten bereits 1997 erfolglos Verfassungsbeschwerde gegen die Einführung des Euros eingelegt.

ftd.de, 26.09.2011 <http://m.ftd.de/artikel/60109032.xml?v=2.0>

In einem Interview mit tagesschau.de geht Nölling insbesondere auf den von den Kritikern diagnostizierten Bruch der No-Bailout-Klausel ein. Des Weiteren betont er die Eigenverantwortung der Einzelstaaten und kritisiert die griechische Haltung in der Krise. Auch Nölling geht davon aus, dass die Unterstützungen der Euro-Staaten die wirtschaftliche Lage Griechenlands nicht mehr nachhaltig bessern können.

„Wie können wir den Steuerzahlern zumuten, dass sie für ein Land Hunderte von Milliarden aufbringen müssen, das überhaupt nicht daran denkt einzusehen, in welcher schwierigen Lage es ist? Und das auch nicht einsieht, dass man mit Streiks und Verweigerungshaltung und mit ungeheuren Kapitalabflüssen diesem Land nicht helfen kann. Ich kann nur allen sagen, die die Verantwortung dafür übernehmen: Meine Güte, überlegt euch das. Es wird nicht funktionieren.“

tagesschau.de, 07.05.2010 <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenlandhilfe118.html>

Differenzierter betrachtet Staatsrechtler Mathias Rossi die Argumente der Verfassungskläger. Ebenfalls auf tagesschau.de stellt er der viel zitierten No-Bailout-Klausel das „Solidaritätsgebot“ der Euro-Mitgliedsstaaten gegenüber.

„Ein ganz klares Verbot, füreinander einzustehen, gibt es im Europarecht jedenfalls nicht. Es gibt zwar die Bail-Out-Klausel, [...] aber die EU kennt viele Transferleistungen. Zum Beispiel im Agrarbereich, der Kohäsionsfonds, die transeuropäische Netzpolitik – also alles, was mit Infrastruktur zu tun hat. Es war sogar ausdrücklich gewollt, dass Spanien, Portugal oder später die osteuropäischen Länder auf den gleichen Stand kommen. Das lässt sich alles unter dem Oberbegriff „Solidaritätsgebot“ zusammenfassen – und jetzt ist eben die Frage, wie weit dies reicht.“

Zu den Argumenten, die Hilfspakete würde gegen den im Grundgesetz verankerten Eigentumsschutz verstoßen und die Schuldenbremse missachten, äußert sich Rossi wie folgt:

„Zum Eigentumsschutz muss man sagen: Das Grundgesetz schützt nicht vor einer gewissen Preisschwankung. Sonst wäre jede Wirtschafts- und Finanzpolitik von Klagen der Bürger bedroht. [...] Und die Schuldenbremse bedeutet ja, dass das Parlament bestimmte Neuverschuldungen und absolute Verschuldungen nicht überschreiten darf. Aber wie es diesen Verschuldungsrahmen aufteilt – ob es sagt, ich bin bereit, innerhalb der Verschuldung soundsoviel für Griechenland zur Verfügung zu stellen – das ist dann doch die politische Entscheidung des Gesetzgebers.“

tagesschau.de, 05.07.2010 <http://tinyurl.com/6djnfjz>

Für weitere Rettungsmaßnahmen sprechen sich Gustav Horn, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), und Jörg Hinze, Konjunkturexperte des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), aus. Jedoch üben beide Ökonomen scharfe Kritik an der bisherigen Hilfsstrategie der EU. Horn kritisiert insbesondere das strenge Spardiktat, welches Griechenland durch die Troika auferlegt wurde.

„Die Austeritätspolitik kombiniert mit politischen Schmähungen in einzelnen Geberländern destabilisiert Griechenland und zunehmend auch die übrigen Krisenländer“, sagte Horn Handelsblatt Online. Zugleich werde die Akzeptanz für weitere Hilfen in den Geberländern zerstört. „Wird nicht bald von dieser Strategie abgelassen, endet die Euro-Krise im Chaos einer zerfallenden Währungsunion“, warnte der IMK-Chef.“

Horn zufolge benötigt Griechenland Zeit, um die vorhandenen Strukturprobleme zu beheben. Die Geberländer müssten sich geduldig zeigen und den Griechen die nötige Zeit mithilfe niedrig verzinsten Kredite und Investitionshilfen gewähren.

handelsblatt.com, 16.06.2011 <http://tinyurl.com/coq5dxg>

Auch Hinze hält die einmaligen Hilfspakete für zu kurz gegriffen und plädiert für dauerhafte Maßnahmen Richtung Griechenland. Solche längerfristigen Sanierungsmodelle, auf die sich die EU mit Griechenland einigen sollten, müssten jedoch streng überwacht werden.

„Ansonsten müsste befürchtet werden, dass Griechenland ein Fass ohne Boden wird und je länger man sich durchwurschtelt, es – auch für die deutschen Steuerzahler – umso teurer wird.“

handelsblatt.com, 16.06.2011 <http://tinyurl.com/coq5dxg>

Viele Ökonomen zweifeln indes daran, dass sich die tief greifenden finanziellen Probleme Griechenlands allein mithilfe eines weiteren Hilfspakets lösen lassen. Roland Döhrn, Leiter der Konjunkturabteilung des Rheinisch- Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), beurteilt besonders die griechische Politik in der Krise sehr kritisch. Ohne einen politischen Konsens in Griechenland würden die EU-Hilfspakete ins Leere laufen.

„Allerdings habe ich Zweifel, ob eine rasche Hilfszusage der EU die Lage in Griechenland beruhigen kann“, sagte Döhrn. „Das Grundproblem ist doch, dass in Griechenland kein politischer Konsens darüber herbeizuführen ist, wie Staatsausgaben und – einnahmen auf mittlere Sicht in Einklang gebracht werden sollen.“ Eine rasche, unkonditionierte Hilfszusage würde die Probleme Griechenlands nach Döhrns Überzeugung daher nicht lösen, sondern die künftigen Probleme für die EU vergrößern.“

handelsblatt.com, 16.06.2011 <http://tinyurl.com/coq5dxg>

Mit den zunehmenden Zweifeln daran, dass ein zweites Hilfspaket die griechische Situation noch nachhaltig bessern könnte, nehmen auch die Forderungen nach einer geordneten Insolvenz von Seiten vieler Ökonomen, zu. So heißt es in einer unter Henning Klodt am Zentrum Wirtschaftspolitik im IfW erstellten Analyse:

„Die staatliche Überschuldung hat ein Ausmaß erreicht, das selbst unter relativ optimistischen Annahmen über die künftige Wachstums- und Zinsentwicklung nicht mehr beherrschbar ist. [...] Wenn die Rettungspakete nicht ins Uferlose wachsen sollen, führt an einem kräftigen Schuldenschnitt kein Weg vorbei.“

sueddeutsche.de, 14.09.2011 <http://tinyurl.com/5t6ckpa>

Ende September fordern schließlich auch die fünf Wirtschaftsweisen einen Schuldenschnitt für Griechenland, mit anderen Worten: die geordnete Insolvenz. Zwar wird ein Dominoeffekt bei weiteren Schuldenstaaten erwartet, diese könne man jedoch mithilfe eines aufgestockten Rettungsschirms EFSF absichern. Eine langfristige Stabilität in der Währungsunion sei jedoch nur durch eine geordnete Insolvenz Griechenlands zu erreichen.

wiwo.de, 27.09.2011 <http://tinyurl.com/c55qslv>

4. Ausblick

Wie in Politik und Wissenschaft, so lassen sich auch in der Gesellschaft keine klaren Mehrheitsverhältnisse bei der Entscheidung für oder gegen ein zweites Hilfspaket finden. Laut ZDF-Politbarometer, einer repräsentativen Befragung unter der wahlberechtigten Bevölkerung Deutschlands, sprechen sich im Juni 2011 noch 60 Prozent der Bevölkerung gegen weitere EU-Kredite an Griechenland aus; 33 Prozent votierten für weitere Hilfeleistungen.

politbarometer.zdf.de, 10.06.2011 <http://tinyurl.com/cndrzcn>

Im September 2011 zeigt das Politbarometer ein noch gespalteneres Bild – diesmal jedoch mit einer knappen Mehrheit zugunsten der Griechenland-Hilfen. So antworten 50 Prozent der Befragten auf die Frage, ob Deutschland einen „Bankrott“ Griechenlands zulassen solle, dass sie dies nicht gut fänden; 41 Prozent indes fänden dies gut. Dabei glauben 68 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung, dass eine Griechenland-Pleite für die deutsche Wirtschaft schlechte Folgen habe.

politbarometer.zdf.de, 23.09.2011 <http://tinyurl.com/3rugbbp>

So verschieden die Auslegungen der rechtlichen Rahmenbedingungen ausfallen und so unterschiedlich die Wirkung eines zweiten Hilfspakets eingeschätzt wird, in einem Punkt herrscht bei Gegnern und Befürwortern eines zweiten Hilfspakets große Einigkeit. Durch die Angabe falscher Zahlen zum öffentlichen Defizit und Schuldenstand verletzte Griechenland die Stabilitätskriterien bereits bei Aufnahme in die Währungsunion. Um die Stabilität der Europäischen (Währungs-)Union dauerhaft sichern zu können, sind neue Kontrollmechanismen nötig, die den Schuldenstand der Teilnehmerstaaten überwachen und bei Verletzungen gegen die europäischen Stabilitätskriterien bindende Sanktionen verhängen. Die Einführung solcher präventiver Maßnahmen wird als notwendiger Schritt betrachtet, um weitere europäische Krisen-Szenarien zukünftig zu vermeiden.